

Unternehmensinsolvenzen steigen kräftig

Grund zur Sorge oder Normalisierung nach den Pandemie Jahren?

Thomas Obst / Klaus-Heiner Röhl

Köln, 19.03.2025

IW-Report 13/2025

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autoren

Dr. Thomas Obst

Senior Economist für Auslandskonjunktur und makoökonomische Modellierung im Themencluster Internationale Wirtschaftspolitik, Finanz- und Immobilienmärkte

obst@iwkoeln.de

030 – 27877-135

Dr. Klaus-Heiner Röhl

Senior Economist für Mittelstandspolitik und Regionalpolitik im Themencluster Digitalisierung und Klimawandel

roehl@iwkoeln.de

030 – 27877-103

Alle Studien finden Sie unter www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

März 2025

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Einleitung	5
2 Die Insolvenzentwicklung seit dem Jahr 2000	6
3 Die Insolvenzentwicklung in den Wirtschaftssektoren	9
4 Die Insolvenzentwicklung in den Bundesländern	11
5 Der Zusammenhang zwischen Konjunktur und Insolvenzen	12
6 Geringe Gründungszahlen problematischer als steigende Insolvenzen?	15
7 Zusammenfassung und Ausblick	17
Abstract	19
Abbildungsverzeichnis	20
Literaturverzeichnis	21

JEL-Klassifikation

E32 – Konjunkturschwankungen

G33 – Liquidationen

L16 – Industriestruktur und Strukturwandel

Zusammenfassung

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland steigt derzeit kräftig, und ein Ende des Anstiegs ist noch nicht absehbar. Der fast zwei Jahrzehnte währende Abwärtstrend, der in einem Einbruch der gemeldeten Insolvenzen in der Covid-19-Pandemie kulminierte, ist damit gebrochen worden. Die schleppende Konjunktur mit zwei aufeinanderfolgenden Jahren einer leichten Rezession, der Zinsanstieg nach einer längeren Nullzinsphase, die Normalisierung der Insolvenzmeldungen nach Aussetzung der Antragspflicht während der Pandemie und strukturelle Schwächen im Kontext der Transformation der deutschen Wirtschaft und speziell der Industrie hin zur Klimaneutralität überlagern sich dabei als Triebkräfte der negativen Entwicklung bei den Firmenpleiten. Trotzdem wurde 2024 mit 22.400 Fällen voraussichtlich nur das Niveau der Insolvenzzahlen von 2015 erreicht, während in der Wirtschaftskrise von 2003 noch über 39.000 Firmenpleiten jährlich verzeichnet wurden. Im laufenden Jahr 2025 könnte der Wert um 15 Prozent auf circa 25.800 Insolvenzfälle ansteigen. Für den weiteren Verlauf der Insolvenzen erlangt die konjunkturelle Entwicklung nach zwei Rezessionsjahren 2023 und 2024 eine zunehmend größere Relevanz, denn die nachpandemische Normalisierung der deutschen Konjunktur und die Anpassung an das erhöhte Zinsniveau dürften inzwischen abgeschlossen sein.

In der Weltwirtschaft bleiben die geopolitischen Verwerfungen bestehen. Es verfestigt sich eine geoökonomische Blockbildung und diese belastet damit die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen. Dabei überlagern sich nachteilige konjunkturelle Faktoren mit einer handfesten Strukturkrise in Deutschland. Die sinkende Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschlands zeigt sich gerade auch bei der nachlassenden Partizipation am globalen Warenhandel. Die Konsumenten und Investoren bleiben hierzulande wegen hoher Verunsicherungen weiterhin im Vorsichtsmodus und halten private Ausgaben zurück. Das manifestiert sich sowohl in einer erhöhten Sparquote der deutschen Haushalte als auch in dem seit der Pandemie stark gesunkenen Investitionsniveau der Unternehmen. In der Binnenwirtschaft führen die ungünstige demografische Entwicklung, die im internationalen Vergleich sehr hohen und weiter steigenden Abgabenlasten und die im Kontext der Transformation hohe wirtschaftspolitische Eingriffstiefe zu einer ausgeprägten Standortschwäche, die die Insolvenzen ansteigen lässt.

1 Einleitung

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland steigt weiterhin kräftig: 2024 wurde mit 22.400 Fällen nach vorläufigen Zahlen der höchste Wert seit 2015 verzeichnet. Zuvor wurde in der Covid-19-Pandemie im Jahr 2021 mit nur 14.000 Insolvenzen nach einem langjährigen Rückgang ein Tiefpunkt erreicht. Eine Normalisierung nach der ausgesetzten Insolvenzantragspflicht in der Pandemie und anschließend die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine ließen die Insolvenzen dann ab 2022 aber wieder ansteigen, was sich zuletzt aufgrund der anhaltenden Wirtschaftsschwäche beschleunigt hat.

Im Jahr 2024 verharrte Deutschland nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts das zweite Jahr in Folge in einer Rezession, die nicht mehr allein auf den Energiepreisanstieg und die Kriegsfolgen zurückgeführt werden kann (Destatis, 2025a). Strukturelle Defizite, ein einsetzender demografisch bedingter Fachkräftemangel und die Schwierigkeiten der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft belasten den Wirtschaftsstandort, so dass die Konjunktur bislang nicht wieder an Fahrt aufnimmt und die Insolvenzen weiter ansteigen. Dies gilt insbesondere für den Industriesektor, der von einer starken Verschlechterung der inländischen Rahmenbedingungen und einer zunehmend protektionistischen Weltwirtschaft betroffen ist. Das zeigt sich nicht zuletzt an der derzeitigen Absatzschwäche der deutschen Automobilindustrie. Inzwischen müssen vermehrt Autozulieferer Insolvenz anmelden, die oft mehrere 100 bis mehrere 1.000 Beschäftigte aufweisen (Scheppe, 2025). Der Anteil der größeren Unternehmen ab 250 Beschäftigten an allen Insolvenzen liegt 2024 zwar insgesamt voraussichtlich nur bei 0,6 Prozent, doch beträgt der Zuwachs in diesem Segment voraussichtlich mehr als 44 Prozent im Vergleich zu 2023 (Creditreform, 2024a, S. 7).

Trotzdem ist der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen nicht ausschließlich als krisenhaftes und gefährliches Phänomen zu sehen. Die lange Phase geringer konjunktureller Schwankungen von 2010 bis 2019 mit sinkenden Zinsen und schließlich einer Nullzinsphase haben den Wandel der Unternehmenslandschaft gedämpft. Die Niedrigzinsen ließen die Befürchtung aufkommen, dass „Zombieunternehmen“ am Markt agieren und anderweitig benötigte Ressourcen – etwa Fachkräfte – binden würden, so dass ein gewisser Insolvenzzuwachs notwendig und sogar wünschenswert für eine „Bereinigung“ des Marktes sei (Dierig et al., 2020; Röhl, 2020). Dafür braucht es aber gleichzeitig neue Geschäftsmodelle, die sich in Neugründungen ausdrücken. Eine Studie zeigt, dass die Gründungstätigkeit in Deutschland und Europa im Vergleich zu den USA schwächer ausfällt (de Soyres et al., 2024). Während der Covid-19-Pandemie fielen die Insolvenzzahlen weiter, so dass die inzwischen erfolgte Trendwende überfällig war. Die Frage ist, wie lange diese anhält und inwieweit strukturelle Probleme der deutschen Wirtschaft als Treiber des Insolvenzgeschehens zu dominieren beginnen.

Nach einer Betrachtung der Insolvenzentwicklung seit dem Jahr 2000 bis zum aktuellen Rand mit einem Ausblick auf das Jahr 2025 in Kapitel 2 folgt in Kapitel 3 eine sektorale Aufschlüsselung des Insolvenzgeschehens. Es zeigt sich, dass derzeit sowohl das exportorientierte verarbeitende Gewerbe als auch die binnenwirtschaftlich ausgerichtete Bauwirtschaft keinerlei Wachstumsimpulse erhalten, da die Investitionen in Deutschland von einer Reihe ineinandergreifender struktureller und konjunktureller Faktoren belastet werden. Aufgrund ihrer jeweiligen Wirtschaftsstruktur sind die Bundesländer dabei unterschiedlich von der Zunahme betroffen, wie Kapitel 4 zeigt. Kapitel 5 geht näher auf den Zusammenhang zwischen Konjunkturentwicklung und Insolvenzgeschehen ein, woraufhin Kapitel 6 den Wandel der Unternehmenslandschaft durch Gründungen und Schließungen von Wirtschaftseinheiten betrachtet: Insolvenzen sind ein natürlicher Ausleseprozess in der Marktwirtschaft, die in dann bedrohlich werden, wenn ihnen nur wenige Gründungen gegenüberstehen. Kapitel 7 rundet diesen IW-Report mit einem Fazit und Ausblick ab.

2 Die Insolvenzentwicklung seit dem Jahr 2000

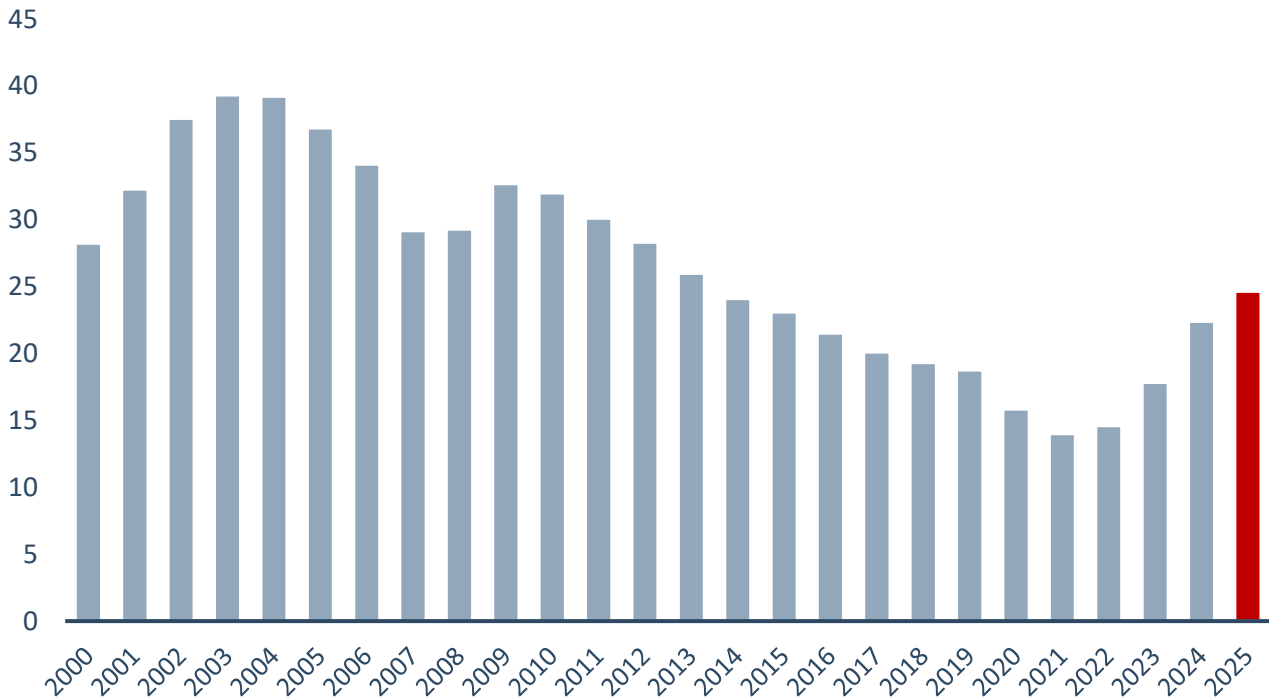
Die langfristige Insolvenzentwicklung in Deutschland seit dem Jahr 2000 war überwiegend rückläufig, wie Abbildung 2-1 zeigt. Ausgehend von der Reform des Insolvenzrechts mit einer Vereinheitlichung der Regelungen für zahlungsunfähige oder überschuldete Unternehmen zwischen den alten und den neuen Bundesländern im Jahr 1998 stiegen die Insolvenzzahlen zunächst kräftig an, bis sie im Jahr 2003 mit 39.320 Firmenpleiten ihren Höhepunkt erreichten (Röhl/Vogt, 2019; 2023). Ab dem Jahr 2005 sanken die Fallzahlen wieder, wobei die verbesserten Bilanzstrukturen der Unternehmen nach Einführung der Basel-II-Regeln (Lichtblau/Röhl, 2004) und die wieder wachsende Wirtschaft infolge der Umsetzung der Agenda-2010-Reformen Triebfedern der einsetzenden Entspannung waren. Einen erneuten Anstieg gab es dann durch die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09. Von 2010 bis 2019 kam es zu einem nahezu konstanten Rückgang der Unternehmensinsolvenzen, der in einem weiteren Einbruch während der Covid-19-Pandemie auf im Tiefpunkt nur noch 13.993 Fälle im Jahr 2021 endete.

Die Normalisierung der Insolvenzzahlen nach der Aussetzung der Antragspflicht und den umfangreichen Unternehmensbeihilfen während des ersten Pandemiejahres (Dörr et al., 2021; Röhl, 2020) setzte 2022 nur sehr verhalten ein, gewann 2023 mit einem Insolvenzanstieg um 22 Prozent auf 17.814 Fälle aber deutlich an Fahrt. Hier spielten die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine mit dem kräftigen Anstieg der Energiepreise und der Inflation sowie der Gasknappheit im Winter 2023 bereits eine wachsende Rolle und lösten die nachpandemische Normalisierung der deutschen Konjunktur als Treiber der Insolvenzzahlen zunehmend ab. Der Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine und die infolgedessen sprunghaft steigenden Energiepreise ab der zweiten Hälfte des Jahres 2022, die die Erzeugerpreise im Herbst des Jahres kurzzeitig um bis zu 45 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat steigen ließen (Destatis, 2022), führten zu wirtschaftlichen Verwerfungen, die auch die Insolvenzzahlen nach oben trieben. Auffällig war in dem Zusammenhang der starke Rückgang der energieintensiven Produktion, welcher anhaltende Diskussionen zur Deindustrialisierung in Deutschland auslöste (Grömling et al., 2023). Die Produktion in den energieintensiven Sektoren ist seit dem Februar 2022 um knapp 16 Prozent gesunken und es ist unwahrscheinlich, dass sie sich nachhaltig wieder erholt. Infolgedessen steigt die Insolvenzgefahr der energieintensiven Unternehmen selbst, aber auch ihrer Zulieferer an. Trotz der vielfältigen Schocks durch Pandemie und Ukraine Krieg bleibt festzuhalten, dass die Industrieproduktion bereits seit 2018 rückläufig ist, was auf längerfristige strukturelle Probleme hindeutet.

Im Jahr 2024 stiegen die Insolvenzzahlen erneut um mehr als 25 Prozent, was deutlich oberhalb der Erwartungen lag: So ging Allianz Research (2024a) im Frühjahr 2024 zwar von einem Anstieg der Insolvenzen in Deutschland für das Jahr 2024 aus, lag mit einer Zunahme von 13 Prozent aber deutlich unter den tatsächlichen Werten. Strukturelle Probleme der deutschen Wirtschaft, die weiterhin nicht aus der – im Vergleich zur Finanzkrise 2009 und dem Pandemiejahr 2020 allerdings mild verlaufenden – derzeitigen Rezession herausfindet, dürften in diesem kräftigen Zuwachs der Insolvenzen als Grund zunehmend in den Vordergrund rücken. Im Vergleich zu den USA oder anderen EU-Ländern hat sich der Wachstumstrend in Deutschland deutlich negativ von dem vor Pandemieausbruch Anfang 2020 entkoppelt (de Soyres et al., 2024). So befindet sich die deutsche Volkswirtschaft in einer anhaltenden Phase der Stagnation.

Abbildung 2-1: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

Insolvenzfälle 2000 bis 2025, in 1.000



2024: Vorläufig (Schätzung Creditreform); 2025: Schätzung Institut der deutschen Wirtschaft

Quelle: Creditreform, 2024a; Destatis, div. Jahrgänge; Institut der deutschen Wirtschaft

Am aktuellen Rand zeichnet sich zumindest eine leichte Dämpfung des Zuwachses an Insolvenzen ab. Für November 2024 weist der IWH-Insolvenztrend, der die Insolvenzentwicklung aktueller als die Daten des Statistischen Bundesamtes anhand der Insolvenzanträge von Personen- und Kapitalgesellschaften abbildet (also Kleininsolvenzen von Selbstständigen und Einzelunternehmern nicht erfasst), mit 1.345 Fällen einen Rückgang gegenüber dem Oktoberwert um 12 Prozent aus (IWH, 2024). Der Vorjahreswert von November 2023 wird allerdings immer noch um 38 Prozent überschritten, was die anhaltend hohe Insolvenzdynamik gerade bei den Personen- und Kapitalgesellschaften verdeutlicht. Die vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Insolvenzverfahren für Unternehmen zeigten im Oktober 2024 einen Anstieg um 35,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat auf 2.012 Fälle (Destatis, 2025b). Insgesamt liegen die Insolvenzzahlen damit aber deutlich über dem vorpandemischen Niveau aus den Jahren 2017 bis 2019.

Eine überdurchschnittliche Zunahme der Insolvenzen größerer Unternehmen geht einher mit einem Anstieg der Anzahl der betroffenen Arbeitsplätze (Creditreform, 2024a,b), der allerdings bislang noch nicht dramatisch ist, sondern vor allem große Insolvenzfälle in einzelnen Monaten betrifft (IWH, 2024; IWH, 2025). Mit 320.000 dürfte die Anzahl der insolvenzgefährdeten Arbeitsplätze 2024 kräftig um 56 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen sein (Creditreform, 2024a), im Pandemiejahr 2020 lag der Arbeitsplatzverlust mit 332.000 jedoch noch darüber. Zudem ist zu beachten, dass die Reformen des Insolvenzrechts dazu geführt haben, dass Unternehmen nun eher den Gang zum Insolvenzgericht antreten, um die Sanierungsaussichten zu erhöhen (Creditreform, 2024b, S. 16). Ein erheblicher Teil der insolventen Großunternehmen führt daher die Geschäfte (zunächst) fort, was die Anzahl der tatsächlich verlorenen Arbeitsplätze dämpft.

Die Konjunkturaussichten für 2025 sind das dritte Jahr in Folge verhalten bis negativ einzuschätzen. Für 2025 liegt der Konsens unter den großen Forschungsinstituten bei einem leicht positiven Wachstum von 0,4 Prozent (Consensus Forecast, 2024). Die IW-Konjunkturprognose (IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur, 2024) erwartet für 2025 ein marginales Wachstum von 0,1 Prozent, also eine Stagnation. Damit wäre hierzulande über sieben Jahre hinweg keine ökonomische Dynamik mehr entstanden (IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur, 2024). Im Vergleich zum Jahr 2024 herrscht aber für 2025 im Prognosebereich Einigkeit dahingehend, dass auch 2025 grundsätzlich keine wirtschaftliche Dynamik zu erwarten ist. So waren einige deutsche Forschungsinstitute 2024 noch von einem Wirtschaftswachstum von knapp 1 Prozent in Deutschland in Ihren Prognosen ausgegangen. Unterschätzt wurde auch, wie tief die deutsche Industrie in der Krise steckt, und welche deutlichen Auswirkungen auf Bau- und Ausrüstungsinvestitionen dadurch entstanden ist. Eine ausführlichere Darstellung der aktuellen konjunkturellen Lage wird im Kapitel 5 gegeben.

Die Konjunkturprognosen decken sich mit den Unternehmenserwartungen hierzulande. So zeigt die IW-Konjunkturumfrage aus dem Jahr 2024 (Grömling, 2024) keine Signale für eine wirtschaftliche Wende. Die Geschäftslage der Unternehmen hat sich im Jahresverlauf 2024 erheblich verschlechtert. Fast die Hälfte der befragten Unternehmen sehen im Herbst 2024 eine schlechtere Geschäftslage als vor einem Jahr. Die mit Abstand schlechteste Lagebeurteilung erfolgte dabei in der Industrie, so dass in diesem Sektor auch für 2025 von einer anhaltenden Insolvenzdynamik auszugehen ist. In der Bauwirtschaft hält die schlechte Lage ebenfalls weiterhin an. Auch wenn die Lage im Dienstleistungssektor weniger gravierend beurteilt wird als in den beiden anderen genannten Sektoren, haben auch hier die negativen Erwartungen deutlich zugenommen. Im Vergleich zu den Umfragen aus den Vorjahren stechen vor allem die pessimistischen Beschäftigungserwartungen für 2025 hervor: So plant jedes vierte Unternehmen im Jahr 2025 Stellen abzubauen. Die Krise hat damit trotz Dämpfung durch die ungünstige Demografie den deutschen Arbeitsmarkt erreicht. Seit Frühjahr 2022 stieg die Arbeitslosenquote von rund 5 Prozent auf über 6 Prozent zum Jahresende 2024 an. Im Vergleich mit den vorhergehenden Befragungen hat sich die Lücke zwischen Erwartungen von positivem Wachstum und einem Rückgang der Wirtschaftsleistung vergrößert. Sie war nur während der globalen Finanzmarktkrise von 2008/2009 größer als derzeit (Grömling, 2024).

Auch aus der IW-Verbandsumfrage des Jahres 2024 (Grömling, 2024) lassen sich keine Signale für eine konjunkturelle Wende im Jahr 2025 ablesen. Insgesamt ergibt sich ein gemischtes Bild. Für das Jahr 2025 erwarten 20 von 49 Verbänden eine rückläufige und 16 eine zunehmende Produktion. 13 Verbände gehen von keiner Veränderung aus. Damit haben im Vergleich zum Vorjahr 2023 die Optimisten von 9 auf 16 Verbände deutlich zugenommen. Gleichwohl liegt der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen in Prozent der teilnehmenden Verbände wie in den Vorjahren 2023 und 2024 im negativen Bereich. 25 Branchen rechnen damit, in diesem Jahr Jobs abzubauen, vor allem die Industrie, etwa im Stahl- und Maschinenbau. Auch die Autoindustrie mit ihren Zulieferketten gehen von einer rückläufigen Beschäftigung aus, was sich mit den Medienberichten zu Abbauplänen der großen Hersteller deckt.

Auch für 2025 ist daher von einem weiteren Insolvenzanstieg, jedoch angesichts des bereits erreichten erhöhten Niveaus von einer rückläufigen Zuwachsrate auszugehen (VID, 2024). Bei einem angenommenen Anstieg um 15 Prozent könnte es im laufenden Jahr circa 25.760 Insolvenzfälle geben, dies wären in etwa so viele wie 2013. Bei einem Anstieg um 20 Prozent wären es sogar 26.880 Fälle im Jahr 2025. Manche Insolvenzexperten gehen von dieser Obergrenze aus: So erwartet das IWH basierend auf dem IWH-Insolvenztrend

eine erneute Zunahme um gut ein Fünftel auf ein Niveau, das zuletzt nach der Finanzkrise 2009 erreicht wurde (IWH, 2025; Scheppe 2025). Für die Entwicklung bei den im IWH-Insolvenztrend betrachteten Personen- und Kapitalgesellschaften könnte dies zutreffen. Damit könnte auch die Anzahl der durch Insolvenzen verlorenen und bedrohten Arbeitsplätze, die für 2024 von Creditreform (2024a) auf 320.000 geschätzt wurde, ebenfalls noch einmal um etwa ein Fünftel auf circa 385.000 ansteigen. Der Anstieg bei den Einzelunternehmen und Selbstständigen scheint jedoch verhaltener zu sein, so dass die Gesamtzahl der Unternehmensinsolvenzen 2025 wahrscheinlich noch nicht wieder das Niveau von 2010 – mit 32.000 Insolvenzfällen seinerzeit – erreichen wird.

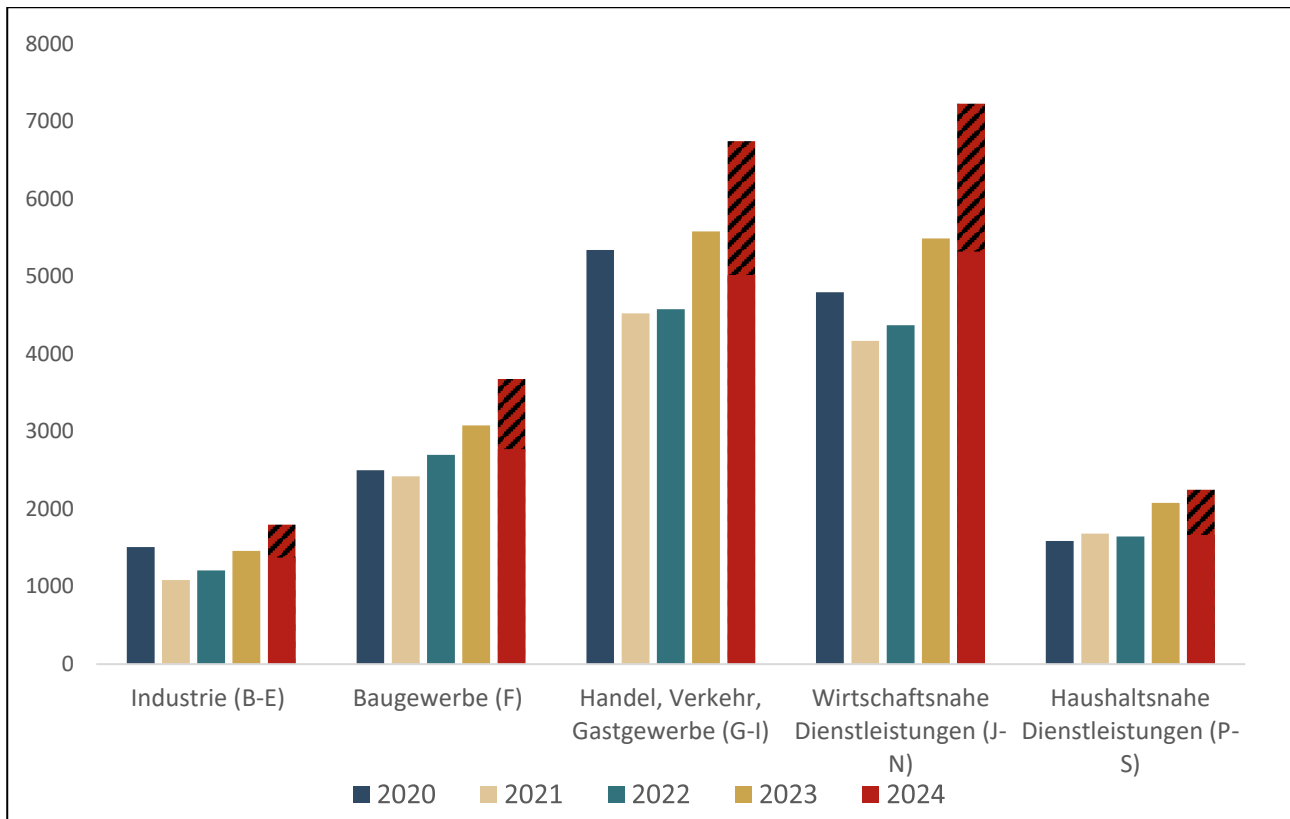
3 Die Insolvenzentwicklung in den Wirtschaftssektoren

Abbildung 3-1 zeigt die Insolvenzentwicklung der letzten fünf Jahre für die Hauptsektoren der Wirtschaft. Nach dem Tiefpunkt im Jahr 2021 verteilte sich der leichte Anstieg der Insolvenzen 2022 gleichmäßig über alle Sektoren, was dem Sondereffekt der Aussetzung der Antragspflicht in der Pandemie, die für alle Wirtschaftsbereiche ähnlich wirkte, geschuldet sein dürfte. Im Jahr 2023 zeigt sich dann eine sektorale Ausdifferenzierung der Veränderungsdaten. Die Industrie verzeichnete 2023 einen Anstieg um 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 3.457 Fälle. Dem Industriesektor kommt eine besondere Rolle bezüglich der Insolvenzauswirkungen zu, da Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes durchschnittlich größer sind als Dienstleistungs-, Handels- oder Bauunternehmen und damit die Forderungsausfälle, die weitere Unternehmen gefährden können, sowie die Anzahl der jeweils betroffenen Arbeitsplätze höher ist. In der Baubranche lag der Zuwachs im Jahr 2023 bei gut 16 Prozent auf 2.216 Fälle. Vor allem im Wohnungsbau kam es durch den kräftigen Anstieg der Baukosten in den letzten Jahren, die Zinswende seit Herbst 2022, aber auch durch fehlende Baulandausweisungen und Überregulierung zu einem Einbruch von noch 380.736 Baugenehmigungen für neue Wohnungen 2021 auf nur noch 260.100 Einheiten 2023, mit einem weiteren Rückgang zum Vorjahrzeitraum um 19,7 Prozent in den ersten drei Quartalen 2024 (Destatis, 2024a). Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung liegt infolgedessen im Baugewerbe etwa 9 Prozent unter dem Niveau von Anfang 2022 (IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur, 2024). Der Handel zeigte im Jahr 2023 ebenfalls einen deutlichen Insolvenzzuwachs um über 23 Prozent im Vorjahresvergleich auf 4.059 Fälle. Hier könnte das Ende der Corona-Hilfen – verstärkt um Rückzahlungsforderungen nachträglich als überhöht oder ungerechtfertigt eingestufteter Hilfszahlungen (Tagesschau, 2024) – eine Rolle gespielt haben, aber auch die seit der Pandemie verstärkte Tendenz zum Onlinehandel, die den stationären Handel unter Druck setzt (Rusche, 2022).

Abbildung 3-1 zeigt, dass die Insolvenzzahlen in allen Wirtschaftssektoren seit 2023 kräftig ansteigen. Die Bereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie wirtschaftsnahe Dienstleistungen dominieren die Gesamtzahl der Insolvenzen und auch den Anstieg in den vergangenen beiden Jahren, wobei im vierten Quartal 2024 voraussichtlich vor allem in den wirtschaftsnahen Diensten, wozu auch die Immobilienwirtschaft zählt, ein besonders kräftiger Zuwachs zu beobachten ist.

Abbildung 3-1: Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftssektoren

Insolvenzfälle 2020 bis 2024



Wirtschaftssectoren ohne Land- und Forstwirtschaft; 2024: bis Oktober, ergänzt um Schätzung für das vierte Quartal (Schraffierung);

Quelle: Berechnungen Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis Destatis, div. Jahrgänge sowie Destatis-Datenbank

Während die Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungen – vor allem in den sozialen und öffentlichen Diensten – weiterhin wächst, befindet sich der produzierende Sektor in der Krise. Das überwiegend exportorientierte verarbeitende Gewerbe zeigte bereits vor der Covid-Pandemie in den Jahren 2017 bis 2019 nur noch sehr geringes Wachstum, da die Globalisierung sich abschwächte und insbesondere China seine Funktion als Wachstumstreiber schrittweise verlor (Hüther et al., 2018). Die Erholung der deutschen Industrie von der Covid-Krise mit ihren Lockdowns und nachfolgenden Lieferkettenproblemen fiel 2021 mit einem realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 3,7 Prozent verhalten aus, bevor Ende Februar 2022 mit dem russischen Angriff auf die Ukraine der größte europäische Krieg seit Ende des zweiten Weltkriegs begann, was die Wirtschaft und speziell die Exportindustrie erneut belastete. 2022 wurde deshalb nur noch ein reales Wachstum von 1,4 Prozent erreicht (Destatis, 2024b). Die energieintensive Industrie hatte ihre Produktion bereits im zweiten Halbjahr 2022 deutlich reduziert und diesen Rückgang angesichts der dauerhaft erhöhten Gaspreise bislang nicht wieder wettgemacht (Bardt/Bakalis, 2023; Grömling, 2023).

Auch die eher binnenwirtschaftlich orientierte Bauindustrie befindet sich in einer Krise. Während der öffentliche Bau weiterhin stark ist, ist der Wohnungsbau infolge des Inflations- und Zinsanstiegs ab Herbst 2022 eingebrochen und konnte sich bislang trotz wieder rückläufiger Zinsen nicht erholen (Destatis, 2024a, s. o.). Auch der Bau von Bürogebäuden ist eingebrochen, da seit der Pandemie verstärkt Homeoffice-Lösungen genutzt werden und die Unternehmen ihre Büroflächen vielfach reduzieren (Hammermann/Stettes, 2023; Henger/Voigtländer, 2023). Im Wohnungssektor trifft hingegen das rückläufige Neuangebot in den Städten auf

eine weiterhin rege nicht gedeckte Nachfrage; hier hat eine Flut neuer staatlicher Regulierungen und ein Mangel an Baulandausweisungen neben den steigenden Material- und Arbeitspreisen der letzten Jahre zum Beinahe-Zusammenbruch des Wohnungsbaus in Deutschland beigetragen, der sich nun auch entsprechend in steigenden Insolvenzen von Bauunternehmen niederschlägt (Architektenkammer NRW, 2015; Dreessen, 2024). Die Bundesregierung versuchte dem rückläufigen Wohnungsbau entgegenzuwirken; entsprechende Maßnahmen (BMWSB, 2024; Bundesregierung, 2024) haben es mit dem Scheitern der Regierung Ende des Jahres 2024 jedoch nicht mehr in die Umsetzung geschafft.

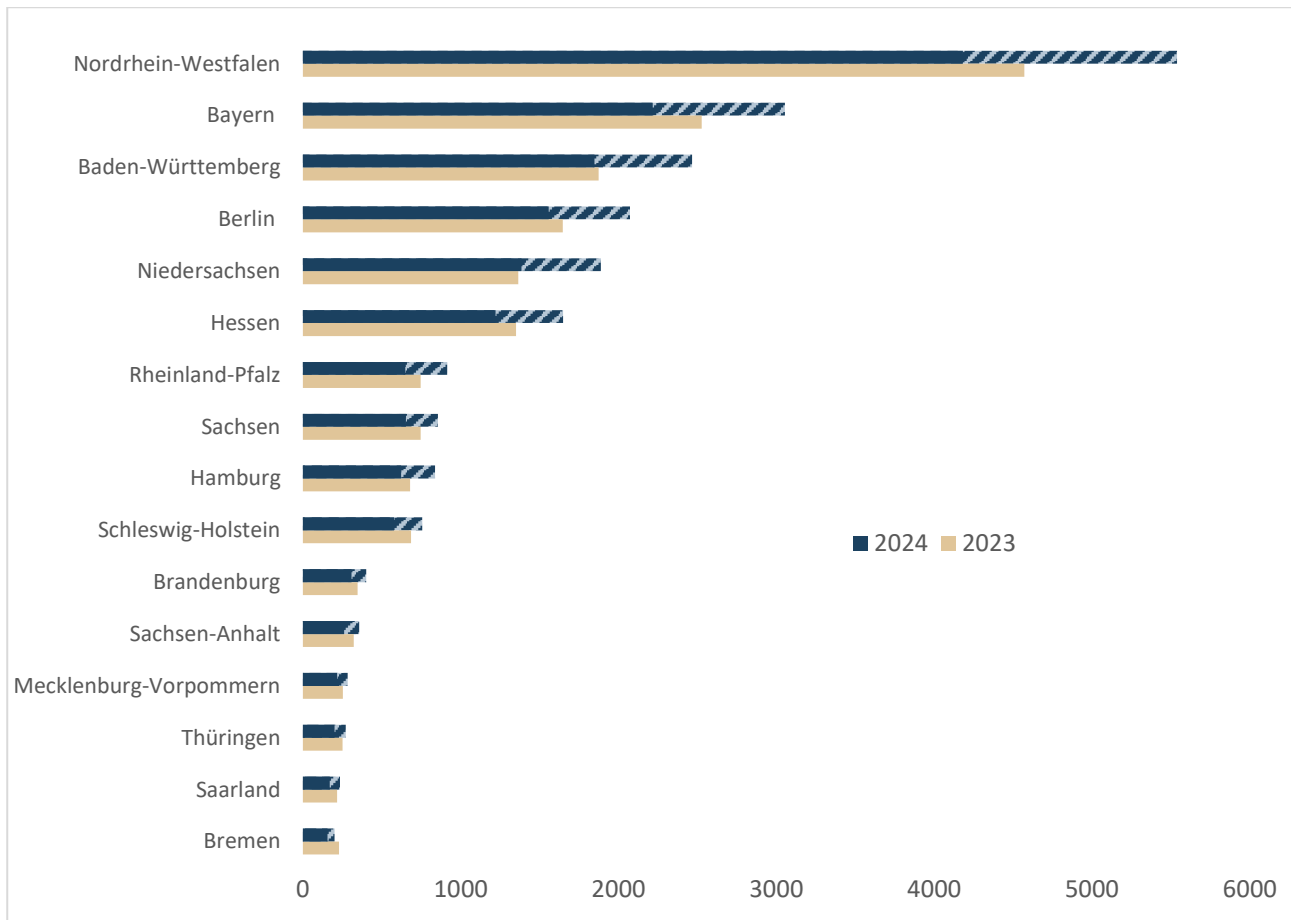
4 Die Insolvenzentwicklung in den Bundesländern

Der starke Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland verteilt sich nicht gleichmäßig auf die 16 Bundesländer. Das einwohnerreichste Land Nordrhein-Westfalen führt mit voraussichtlich 5.539 Insolvenzfällen im Jahr 2024, eine Steigerung von 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Es folgt Bayern mit 3.055 Pleiten, ein Anstieg um 21 Prozent, vor Baden-Württemberg mit 2.466 Insolvenzen. Besonders kräftig fällt der Anstieg der Insolvenzen 2024 nach vorläufigen Zahlen in Niedersachsen (+38 Prozent auf 1.888 Fälle) und Baden-Württemberg (+31,5 Prozent auf 2.466 Fälle) aus. Berlin lag an dritter Stelle mit einem Zuwachs um 26 Prozent auf 2.073 Insolvenzen. Einzig der Stadtstaat Bremen verzeichnete einen Rückgang der Insolvenzfälle, nämlich um 12 Prozent. Dies könnte auf den schon sehr hohen Anstieg der Insolvenzen im Vorjahr zurückzuführen sein – die Unternehmensinsolvenzen stiegen dort im Jahr 2023 um knapp 50 Prozent an. Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt, dass die Steigerungsrate der Fallzahlen in Ostdeutschland fast durchweg niedriger ist als in Westdeutschland. Dies könnte mit der stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsstruktur zusammenhängen. Das größte ostdeutsche Bundesland Sachsen verzeichnete einen Anstieg um 15 Prozent auf voraussichtlich 856 Fälle. In Thüringen fällt der Anstieg mit voraussichtlich 7 Prozent verhalten aus.

Niedersachsen ist durch die Krise der Automobilindustrie, speziell die des größten deutschen Autokonzerns, und die nur mit Staatshilfe verhinderte Pleite der Meyer-Werft in Papenburg (Nicolai, 2024) derzeit strukturell stark betroffen, was sich offenbar – auch wenn die Insolvenz der Meyer-Werft abgewendet wurde – in hohen Insolvenzzahlen bei Zulieferern und wirtschaftsnahen Dienstleistern niederschlug, die indirekt betroffen waren. Auch Baden-Württemberg ist durch die Krise der Autoindustrie und des Maschinenbaus in seiner Wirtschaftsstruktur stark herausgefordert, viele Zulieferunternehmen der Automobilindustrie sind in Schwierigkeiten und nicht wenige auch insolvenzgefährdet. In Berlin ist es die starke Start-up-Szene mit vielen Gründungen in den letzten 10 Jahren, die nun bedingt durch steigende Zinsen und die stagnierende bis rückläufige Wirtschaft zum Teil keine Finanzierungen mehr erhalten und Insolvenz anmelden müssen (Ad Hoc News, 2025).

Abbildung 4-1: Insolvenzfälle nach Bundesländern

Unternehmensinsolvenzen 2023 und 2024



Werte für Q4 2024 anhand der Wachstumsrate für die ersten drei Quartale gegenüber dem Vorjahr fortgeschrieben (schraffiert);

Quelle: Berechnungen Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis von Destatis, div. Jahre und Destatis-Datenbank

Die Insolvenzwirkungen auf Bundesländerebene hängen stark von der Branchen- und Größenverteilung der betroffenen Unternehmen ab. So ist die deutsche Automobilzulieferindustrie überwiegend in regionalen Clustern (IW Consult/Fraunhofer IAO, 2021) konzentriert, was zu bundeslandspezifischen Belastungen durch größere Insolvenzfälle (vgl. Kapitel 2) führen kann – etwa in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen –, sollte es zu einer Vielzahl von Insolvenzen in diesem Wirtschaftszweig kommen. Bislang scheinen Insolvenzen in diesem Wirtschaftszweig aber noch eher Einzelfälle zu sein.

5 Der Zusammenhang zwischen Konjunktur und Insolvenzen

Die deutsche Wirtschaft wird voraussichtlich auch im Jahr 2025 erneut keine wirtschaftliche Dynamik entfalten. Nach dem Jahr 2018 wurde damit kein signifikanter wirtschaftlicher Fortschritt mehr in Deutschland erreicht, denn das kräftige Wachstum 2021 konnte nicht einmal den pandemiebedingten Einbruch von 2020 ausgleichen. Damit steckt die deutsche Volkswirtschaft fest in der Stagnation. Die Lage ist insbesondere durch folgende Herausforderungen gekennzeichnet (IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur, 2024):

- **Keine Bewegung in der Inlandskonjunktur, kaum Impulse aus dem Ausland:** Eine moderate Konsumtätigkeit und anhaltende Investitionsschwäche führen zu einer sehr schwachen Binnennachfrage. Auch vom Ausland kommen über den Außenbeitrag trotz moderat wachsender Weltwirtschaft kaum Impulse auf die deutsche Wirtschaft. Hier spielt auch die nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland eine zentrale Rolle (Hüther, 2025). So zeigt sich seit einigen Jahren, dass die deutschen Exporte immer weniger auf eine anziehende Weltkonjunktur reagieren.
- **Ausgeprägte Investitionskrise:** Die geopolitischen Verwerfungen belasten nicht nur die globale Investitionstätigkeit in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, sondern besonders deutlich in Deutschland. Hinzu kommt die hausgemachte Verunsicherung durch die unklare und kleinteilige Wirtschaftspolitik der aufgelösten Ampelregierung in Deutschland. Beides führte in den vergangenen Jahren zu einem ausgeprägten Investitionsattentismus. Im Vergleich zum 4. Quartal 2019 liegen die Investitionen mehr als 8 Prozent niedriger.
- **Anhaltende Rezession in der deutschen Industrie und Bauwirtschaft:** Sinkende Industrieproduktion und sinkende Investitionen im Wohnbau sind Ausdruck der Standortchwäche Deutschlands. Die Industrieproduktion im Verarbeitenden Gewerbe liegt im Vergleich zum 4. Quartal 2019 um rund 10 Prozent niedriger, die Investitionen im Wohnbau liegen etwa 13 Prozent darunter.
- **Weitere Eintrübung der Unternehmenserwartungen zum Ende 2024:** Wie oben dargestellt sprechen sowohl die IW-Konjunkturumfrage als auch die IW-Verbandsumfrage (Grömling, 2024) für eine deutliche Eintrübung der Produktions- und Beschäftigungserwartungen der Unternehmen.
- Deutschland befindet sich **inmitten der längsten Phase wirtschaftlicher Schwäche seit Gründung der Bundesrepublik**. Eine Trendwende ist auch im Jahr 2025 nicht in Sicht. Die Standortbedingungen haben sich in den letzten Jahren so massiv verschlechtert, dass ohne eine zügige Trendwende ein permanenter Wohlstandsverlust zu erwarten ist. Die Schwäche der deutschen Wirtschaft ist damit chronisch geworden.

Neben der anhaltenden konjunkturellen Schwäche, die in vielen Industriesektoren seit Anfang 2023 zu einem Auftragsmangel geführt hat, lassen vor allem die strukturellen Probleme des Wirtschaftsstandorts Deutschland immer mehr Unternehmen aufgeben. Hohe Kosten für Energie und Arbeitskräfte sowie deutlich mehr Aufwand für Bürokratie führen seit längerem zu einer sinkenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit (Hüther, 2025). Die politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten sind in Deutschland beträchtlich gestiegen und deutlich höher als in anderen europäischen Nachbarländern. Das ist eine schwere Hypothek für die Investitionsneigung der Unternehmen in Deutschland. Hinzu kommen die steigenden Sozialversicherungsabgaben, die gleichermaßen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den nächsten Jahren belasten und die Wirtschaftsleistung bremsen werden (Hüther et al., 2025). Die Wachstumsmisere der vergangenen Jahre wird immer mehr als strukturelles Problem des Standorts und nicht nur als eine konjunkturelle Schwächephase. Entsprechend soll nachfolgend für die Beurteilung der weiteren möglichen Entwicklung des Insolvenzgeschehens eine überblicksartige Einordnung der Bedeutung konjunktureller und struktureller Treiber gegeben werden. Grundsätzlich gibt es eine Vielzahl Analysen, die einen Einfluss der makroökonomischen Entwicklung auf das Insolvenzgeschehen theoretisch und empirisch aufzeigen (Allianz Research, 2024a; Dörr et al., 2021; Holtemöller, 2021). Wie stark das Insolvenzgeschehen beispielweise auf eine Verschlechterung der konjunkturellen Lage reagiert, hängt wiederum von den firmenspezifischen Merkmalen wie der Liquiditätsposition, dem Management oder der länderspezifischen Insolvenzordnung ab (Liu, 2002).

Eine Studie (Sandqvist/Wollmershäuser, 2021) untersucht in einem Prognosemodell mithilfe vektorautoregressiver Zeitreihenmodelle die theoretisch erwartbaren ökonomischen Ursachen für das Insolvenzgeschehen in Deutschland während der Pandemiejahre. Dabei werden folgende historische Zusammenhänge unterstellt:

- Insolvenzen reagieren zeitverzögert auf eine Änderung der konjunkturellen Lage: Die konjunkturelle Entwicklung wird mit dem preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt beziehungsweise der Bruttowertschöpfung approximiert.
- Zahlungsfähigkeit der Unternehmen: Abgebildet durch ein Maß der Unternehmensgewinne beeinflusst diese das Insolvenzgeschehen. Letzteres würde bei geringeren (höheren) Gewinnerwartungen und nachlassender (zunehmender) konjunktureller Dynamik entsprechend ansteigen (abnehmen).
- Weitere Variablen, die von Politikmaßnahmen beeinflusst wurden: Staatliche Hilfsmaßnahmen während der Corona-Pandemie zielten primär auf die Solvenz- und Liquiditätsposition der Unternehmen, beispielsweise die finanziellen „Überbrückungshilfen“, und verringerten das Insolvenzrisiko deutlich.

Der empirische Zusammenhang zwischen konjunktureller Entwicklung und dem Insolvenzgeschehen liegt in der zitierten Studie bei einer negativen Korrelation zwischen minus 0,4 und minus 0,6. Diese fällt allerdings gesamtwirtschaftlich deutlich größer als in den einzelnen Wirtschaftssektoren. So scheint die Korrelation in den Branchen Unternehmensdienstleister sowie Finanz- und Versicherungsdienstleister am stärksten zu sein, während für die Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei kein Zusammenhang erkennbar ist. Die negative Korrelation deutet aber wie theoretisch erwartbar darauf hin, dass in einer Rezession die Anzahl der Insolvenzen zunimmt, während sie in einer expansiven Phase abnehmen. Die Verzögerung zwischen einer Änderung der Bruttowertschöpfung und der Anzahl der Insolvenzen liegt bei einem bis zwei Quartalen. Hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit der Unternehmen (approximiert durch Unternehmensgewinne) zeigt die Studie ebenfalls einen Einfluss auf das Insolvenzrisiko. Politikmaßnahmen sind hier besonders relevant. So deutet die empirische Untersuchung daraufhin, dass die pandemiebedingten Hilfsmaßnahmen – vor allem über die Stabilisierung der Liquiditätsposition der Unternehmen – das Insolvenzrisiko deutlich verringert haben. Im Schnitt über alle Modellspezifikationen hinweg lag die Reduktion des Insolvenzrisikos bei knapp 25 Prozent.

Die Autoren schätzen in einem bivariaten Zeitreihenmodell das Insolvenzgeschehen für 2020 und 2021 in Deutschland und prognostizieren in beiden Jahren etwa 20.000 Insolvenzen (Sandqvist/Wollmershäuser, 2021). Da zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie die tatsächlichen Insolvenzzahlen für 2020 aber bereits vorlagen, wird deutlich, dass das gewählte Prognosemodell die Insolvenzen um etwa 5.000 Fälle überschätzt hat. Somit liegt die Schlussfolgerung nahe, dass sowohl die zwischenzeitliche Aussetzung der Insolvenzantragspflicht als auch der Einfluss staatlicher Hilfsmaßnahmen für Unternehmen das Insolvenzrisiko deutlich reduziert haben. Auch die Prognosemodelle von Holtemöller (2021) und Röhl (2020) kommen auf vergleichbare Werte von jeweils rund 19.000 Insolvenzen und 21.500 Fällen im Jahr 2020. Einige Studien (Dörr et al., 2021; Elsinger et al., 2021) legen nahe, dass die Politikmaßnahmen die Insolvenzen – insbesondere der kleinen Unternehmen – nur kurzfristig verhindert und damit in die Zukunft verschoben haben dürften.

Dörr et al. (2021) bestätigen den Einfluss der Liquiditätsposition eines Unternehmens auf das Insolvenzrisiko. Dies gilt insbesondere für kleine Unternehmen, da hier die Bargeldreserven als auch externe Finanzierungsbedingungen in der Regel limitiert sind. Die Studie zeigt, dass Insolvenzen größer etablierter Unternehmen generell eher selten vorkommen. Die aktuelle Zunahme der Anzahl größerer Insolvenzfälle ist deshalb ein

Alarmzeichen, da die wirtschaftlichen Auswirkungen durch Forderungsausfälle und die Anzahl der betroffenen Arbeitsplätze dadurch spürbar ansteigen. Holtemöller (2021) weist wie die Studie von Dörr et al. (2021) daraufhin, dass auch sektoral eine unterschiedliche Dynamik im Insolvenzgeschehen feststellbar ist. So war die Anzahl der Insolvenzen in Bereichen, die tendenziell weniger von den Shutdown-Maßnahmen der Pandemie betroffen waren, geringer. Insgesamt findet aber auch Holtemöller (2021) einen zyklischen Zusammenhang zwischen der konjunkturellen Lage und dem Insolvenzgeschehen. So würde das verwendete Prognosemodell auch schätzen, dass für die zweite Jahreshälfte 2020 mit einem deutlichen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zu rechnen gewesen wäre, vorausgesetzt, das Insolvenzgeschehen wäre dem üblichen konjunkturellen Muster gefolgt. Laut dem bivariaten vektorautoregressiven Zeitreihenmodells von Holtemöller (2021) würde die Anzahl der Insolvenzen um durchschnittlich 1 Prozent zunehmen, wenn die Zuwachsrate der Bruttowertschöpfung um einen Prozentpunkt fällt. Dieser Effekt tritt mit einer Zeitverzögerung von zwei Quartalen ein, ähnlich zu der Studie von Sandqvist und Wollmershäuser (2021).

Allianz Research veröffentlicht regelmäßig Analysen zum globalen Insolvenzgeschehen (Allianz Research, 2024a und 2024b). Sie finden einen generellen Anstieg der globalen Insolvenzen auf ein Niveau, welches über dem Niveau vor der Corona-Pandemie (Durchschnitt 2016-2019) liegt, aber noch unter dem der globalen Finanzkrise. Getrieben wurde diese Entwicklung vor allem von Europa und zunehmend großen Insolvenzen (Firmen mit mehr als 50 Millionen Jahresumsatz). Deutschland ist laut der Allianz-Prognose auf Jahressicht sowohl im Jahr 2024 als auch im Jahr 2025 von einem erhöhten Insolvenzgeschehen betroffen. Laut Allianz (Allianz Research, 2024b) wird sich der Anstieg in den Insolvenzen fortsetzen und auf hohem Niveau erst im Jahr 2026 stabilisieren. Das Prognosemodell verwendet fünf Erklärungsfaktoren (Allianz, 2024a): (1) Sinkende Rentabilität; (2) steigende Unsicherheit; (3) ungünstige Finanzierungslage; (4) Jungunternehmen unter Belastungstest; und (5) sektorale Risiken. Anhand dieser Liste lässt sich die Überlagerung von strukturellen (Unternehmensalter; Branche; Sektorale Risiken) und konjunkturellen Faktoren (sinkende Rentabilität, erhöhte Finanzierungskosten) erkennen.

6 Geringe Gründungszahlen problematischer als steigende Insolvenzen?

Die laufende Transformation der Wirtschaft in Richtung einer CO₂-freien Energieversorgung und genereller Klimaneutralität auch im nicht-energetischen Bereich erfordert einen erheblichen Wandel in der Unternehmenslandschaft, der neben umfassenden Investitionen in bestehenden Unternehmen auch mit Neugründungen und Schließungen verbunden ist (Röhl/Vogt, 2023b). Die Dynamik in diesem Bereich war jedoch in den letzten Jahren gering; die Unternehmenslandschaft war von der Finanzkrise 2009 bis in die Pandemie 2020 von einer hohen Kontinuität gekennzeichnet. Deutschland weist zudem erhebliche Defizite im Bereich technologiestarker Gründungen auf (Sattelberger, 2023)

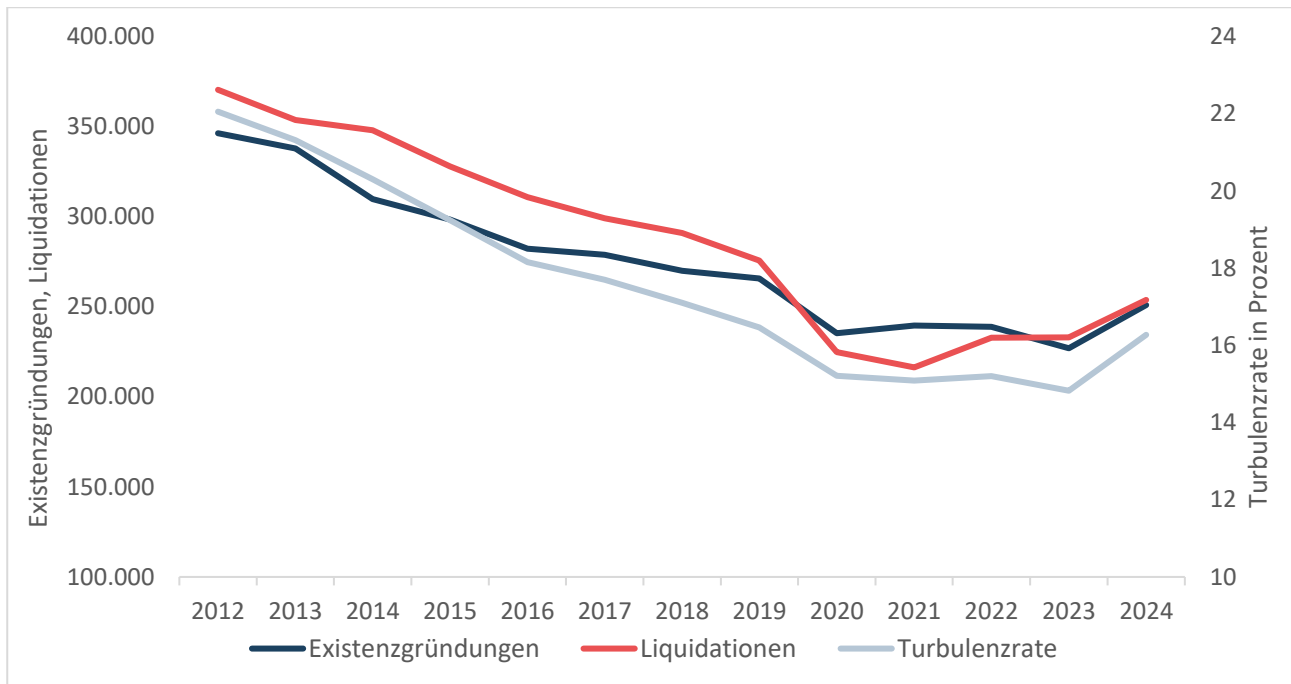
Der in Deutschland verfolgte Transformationspfad der Wirtschaft hin zu einer vollständigen Treibhausgasneutralität innerhalb von gerade einmal 20 Jahren ist als ambitioniert anzusehen (Bundesrechnungshof, 2024). Er ist gleichbedeutend mit einer Neuaufstellung der energetischen Grundlagen der deutschen Produktion. In allen Wirtschaftsbereichen, speziell jedoch im Industriesektor, sind hierfür dynamische Neuerungen erforderlich. Diese reichen von einer Elektrifizierung der Prozessketten über die stoffliche Kreislaufwirtschaft und eine wasserstoffbasierte Grundstoffindustrie bis hin zu digitalen Lösungen und einer KI-basierten, flexiblen Anpassung des Stromverbrauchs an die Verfügbarkeit von Wind- und Solareinspeisung. Hierzu ist eine

Vielzahl von Innovationen notwendig, die die Unternehmenslandschaft stark verändern werden. Ein derartiger Prozess lässt sich nicht allein im vorhandenen Unternehmensbestand bewältigen, sondern erfordert eine Vielzahl an Gründungen technologiestarker Start-ups, die eine schöpferische Zerstörung im Schumpeterischen Sinne befördern (Röhl/Vogt, 2023b). Gleichzeitig müssen Unternehmen, die den Wandel nicht bewältigen, durch Insolvenz oder anderweitige Schließung aus dem Markt ausscheiden. Diese Marktaustritte sind – bei erfolgreicher Transformation – nicht nur negativ zu sehen, denn sie setzen knappe Ressourcen wie etwa Fachkräfte für die wachsenden Bereiche frei. Der Erfolg ist jedoch von der Gründung neuer Unternehmen und vor allem technologiestarker Start-ups abhängig.

Derzeit steigen die Insolvenzzahlen an, doch die Anzahl der Unternehmensgründungen verharrt weiterhin auf niedrigem Niveau (vgl. Abbildung 6-1). Damit steigt die so genannte Turbulenzrate – berechnet aus Gründungen und Schließungen von Unternehmen bezogen auf den Unternehmensbestand (Fritsch/Niese, 2004, 29) – nun vor allem schließungsseitig an, was keine positive Entwicklung der Wirtschaft in der Transformation signalisiert. Abbildung 6-1 zeigt die Turbulenzrate in Deutschland seit 2012. In diesem Jahr wurde die Gründungsförderung per Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit drastisch reduziert, was sich bei der Gesamtzahl der Existenzgründungen stark negativ bemerkbar machte (Deutscher Bundestag, 2025). Gründungen und Schließungen fielen nachfolgend bis in die Pandemiejahre 2020/21 weitgehend synchron, so dass auch die Turbulenzrate entsprechend zurückging. Die Liquidationsrate – Insolvenzen und Schließungen ohne Insolvenzverfahren bezogen auf den Unternehmensbestand – erreichte erst 2021 ihren Tiefpunkt. Seither steigen die Insolvenzzahlen aber kräftig, während die Gründungen bis 2023 rückläufig waren. Seit Pandemiebeginn 2020 ist der Bestand an Unternehmen um über 200.000 Einheiten gesunken und zeigt bislang nur eine sehr leichte Erholungstendenz: Für das Jahr 2022 werden 3,1 Millionen umsatzsteuerpflichtige Unternehmen ausgewiesen, 80.000 mehr als 2021, aber 180.000 weniger als 2019 (Destatis, 2025c; Röhl/Vogt, 2023a). Im Jahr 2023 erreichte die Turbulenzrate einen Tiefpunkt, 2024 sind nicht nur die Unternehmensliquidationen – von denen die Schließungen über ein Insolvenzverfahren nur eine Teilmenge bilden, die allerdings die größeren Einheiten beinhaltet – sondern nach vorläufigen Daten auch die Gründungszahlen leicht angestiegen. Im Langfristvergleich ist die Turbulenzrate in Deutschland ausgesprochen gering, was auf einen schwachen Wandel der Unternehmenslandschaft hinweist.

Abbildung 6-1: Rückläufige Dynamik: Die Turbulenz der Unternehmenslandschaft

Gründungen, Schließungen und Turbulenzrate



Werte für 2024 teilweise geschätzt;

Quelle: Berechnungen Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis von Destatis, 2025c, IfM Bonn, 2024

Die Gründungen in der Berechnung der Turbulenzrate umfassen alle Arten von neuen Unternehmen, von besonderer Relevanz für den Wirtschaftsstandort sind Gründungen im Industriebereich sowie in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen, vor allem Digital-Start-ups mit skalierbaren Geschäftsfeldern. Während die Anzahl der Gründungen insgesamt auch aus demografischen Gründen rückläufig ist und die – insbesondere für Fachkräfte – noch immer niedrige Arbeitslosenquote viele Alternativen in der abhängigen Beschäftigung bietet, gibt es jedoch auch im Bereich der Industrie und hier insbesondere innovationsstarken kapitalintensiven Geschäftsmodellen ein Gründungsdefizit, das in Widerspruch zur Innovationsstärke der Universitäten, Institute und industrieeigenen Forschung steht (BDI/ESMT Berlin/Fraunhofer, 2025). Auch die Adressierung dieses Start-up-Segments im Rahmen des 2001 von der Bundesregierung initiierten Zukunftsfonds hat an diesem Problem bislang nichts geändert (Röhl, 2021). Eine Lösung für die vielfältigen Wachstumsbremsen in Deutschland, die durch Überregulierung, Infrastrukturmängel und Fachkräfteengpässe verursacht werden (Röhl, 2024), könnte die Wettbewerbsposition des Standortes wieder verbessern und auch mehr innovative Gründungen anregen, einschließlich kapitalintensiver Deep Tech-Unternehmen.

7 Zusammenfassung und Ausblick

Seit der 2022 erfolgten Trendwende steigt die Anzahl der Insolvenzen in Deutschland kontinuierlich an. Dieser Aufwärtstrend hat sich im vergangenen Jahr deutlich beschleunigt. Neben einer Normalisierung nach der Aussetzung der Antragspflicht in der Covid-19-Pandemie tragen hierzu strukturelle, aber auch zunehmend konjunkturelle Einflüsse bei. Zwei aufeinanderfolgende Krisen – die Pandemie 2020 und nur zwei Jahre später der russische Überfall auf die Ukraine mit den nachfolgend ausbleibenden russischen Gaslieferungen – haben zu Verwerfungen in der Unternehmenslandschaft geführt, etwa durch eine Begünstigung des Onlinehandels

gegenüber dem stationären Handel, einer drastischen Energieverteuerung für energieintensive Branchen und einer reduzierten Büroflächennachfrage durch mehr Homeoffice-Nutzungen.

Derartige Verwerfungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Branchenstruktur, was auch mit vermehrten Insolvenzen einhergeht. Verstärkt wird diese Entwicklung aktuell aber noch durch weitere Effekte: Die Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität bewirkt strukturelle Umbrüche, die auch zu Insolvenzen führen können. Dieser Prozess steht erst am Anfang und könnte mit den ambitionierten Klimazielen bis 2030 (-55 Prozent Treibhausgasemissionen gegenüber 1990) und 2040 (-90 Prozent) bis zur Klimaneutralität 2045 noch zu deutlich mehr Firmenschließungen führen. Strukturelle Einflüsse sind jedoch auch jenseits der Klimapolitik als Treiber der Insolvenzentwicklung im industriellen Bereich zu erkennen: Die Globalisierung als Triebfeder für die exportorientierte deutsche Industrie geht schon seit etwa 2017 zurück (Hüther et al., 2018), die Elastizität der deutschen Ausfuhren auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den Zielländern ist bereits seit etwa zwei Jahrzehnten rückläufig (Hüther, 2025). Ein zunehmender Fachkräftemangel, steigende Lohn- und Lohnnebenkosten, Defizite in der Erhaltung der Infrastruktur, hohe Steuern und eine ausufernde Bürokratie tragen seit Jahren zur Erosion der Standortqualität bei, was die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigt (Hüther, 2025; Röhl, 2024) und industrielle Insolvenzen befördert. Der binnenwirtschaftliche orientierte Bausektor befindet sich ebenfalls in einer Krise, da die gestiegenen Baukosten und der Zinsanstieg nach dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine das Bauen verteuert, der Staat aber auch selbst den Wohnungsbau durch hohe regulatorische Anforderungen und wenig Baulandausweisungen massiv verteuert hat.

Hinzu kommen konjunkturelle Auswirkungen auf das Insolvenzgeschehen nach zwei Jahren einer milden Rezession, aber bereits sieben Jahren ohne wirtschaftliche Dynamik (s. Kapitel 5). Die Wirtschaftsflaute ist chronisch geworden. Verschiedene Untersuchungen deuten auf einen zyklischen Zusammenhang zwischen der Konjunktur und dem Insolvenzgeschehen hin. Dieser ist empirisch beobachtbar, invers und besonders stark im gesamtwirtschaftlichen Kontext.

Für 2025 und darüber hinaus stellt sich die Frage, ob das Insolvenzgeschehen mit ungebremsster Dynamik anhält oder eine gedämpfte Entwicklung einsetzt. Für das laufende Jahr wird von einer anhaltenden Stagnation in Deutschland ausgegangen (IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur, 2024), so dass positive konjunkturelle Impulse für die Wirtschaft zunächst nicht zu erwarten sind. Auch Entlastungen wie ein spürbarer Bürokratieabbau und eine Reform der Unternehmensbesteuerung sind nach Bildung einer neuen Bundesregierung im Frühjahr vermutlich erst für 2026 zu erwarten. Tiefgreifende Strukturreformen, die den Wirtschaftsstandort stärken und private Investitionen anregen, dürften jedoch angesichts der eingeschränkten Koalitionsoptionen nach der Wahl – mit einer wahrscheinlichen großen Koalition – nur schwer zu erreichen sein. Positiv könnten sich hingegen die Verabschiedung eines Sondervermögens für Investitionen sowie ein weiterer Rückgang des Zinsniveaus auswirken. Angesichts der bestehenden Strukturproblematik am Standort Deutschland gehen die Autoren von weiterhin steigenden Insolvenzzahlen, aber einer rückläufigen Zuwachsrate von 15 Prozent im Jahr 2025 aus.

Abstract

The number of enterprise insolvencies in Germany is rising sharply, and there is no end in sight to the increase. The almost two-decade-long downward trend, which culminated in a slump in reported insolvencies during the Covid-19 pandemic, has thus clearly been broken. The sluggish German economy, which has now been in a mild recession for two years, the rise in interest rates following a prolonged period of zero interest rates, the normalization of insolvency notifications after the suspension of the obligation to file during the pandemic and structural problems in the difficult transformation of the German economy towards CO₂-neutrality, especially in the manufacturing sector, overlap as drivers of this negative trend in corporate insolvencies. Nevertheless, at 24,600 cases in 2024, the number of insolvencies is only expected to be roughly the same as in 2015, while over 39,000 company bankruptcies were recorded in the 2003 crisis. In 2025, the figure could rise by 15 per cent to around 25,800 insolvencies. After two “lost years”, the economic trend is becoming increasingly relevant for the further course of insolvencies, as the post-pandemic normalization and adjustment to the higher interest rate level should now be completed.

The geopolitical upheavals in the global economy persist. A geo-economic bloc is becoming more entrenched and this is having a negative impact on the export activities of German companies. Adverse economic factors are overlapping with a tangible structural crisis in Germany. For some years now, it has become apparent that German exports are responding less and less to an upturn in the global economy, which underlines the country's declining competitiveness. Consumers and investors remain in cautionary mode due to high levels of uncertainty and are holding back on private spending. This is manifested on the one hand in an increased household savings rate and on the other hand in the sharp drop in corporate investment levels since the pandemic. In the domestic economy, the unfavorable demographic trend, the very high tax burdens in international comparison and the high level of economic policy intervention in the context of the transformation are leading to reduced investment and weak growth, which is causing insolvencies to rise.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland	7
Abbildung 3-1: Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftssektoren.....	10
Abbildung 4-1: Insolvenzfälle nach Bundesländern	12
Abbildung 6-1: Rückläufige Dynamik: Die Turbulenz der Unternehmenslandschaft.....	17

Literaturverzeichnis

Ad Hoc News, 2025, Gestiegene Zinsen und vorsichtige Investoren haben deutsche Start-ups in eine Finanzierungskrise gestürzt, <https://www.ad-hoc-news.de/wirtschaft/gestiegene-zinsen-und-vorsichtige-investoren-haben-deutsche-start-ups-in/66431547> [29.1.2025]

Allianz Research, 2024a, Insolvency Outlook: Reality Check, München, https://www.allianz.com/content/dam/onemarketing/azcom/Allianz_com/economic-research/publications/specials/en/2024/february/24_02_28_Global-insolvencies.pdf [7.1.2025]

Allianz Research, 2024b, Global Insolvency Outlook: The ebb and flow of the insolvency wave, https://www.allianz.com/content/dam/onemarketing/azcom/Allianz_com/economic-research/publications/specials/en/2024/october/15-10-2024-Global-insolvencies-AZ.pdf [29.1.2025]

Architektenkammer Nordrhein-Westfalen (NRW), 2015, Baukosten in Nordrhein-Westfalen – Entwicklung und Ursachen steigender Baukosten im Wohnungsbau, https://www.aknw.de/fileadmin/news_import/2015-07_Forderungspapier_Impulse_Wohnungsbau_Baukosten_NRW_150902-3.pdf [8.1.2025]

Bardt, Hubertus / Bakalis, Dennis, 2023, Anhaltende Schwächung energieintensiver Branchen, IW-Kurzbericht, Nr. 76, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2023/IW-Kurzbericht_2023-Schw%C3%A4chung-energieintensiver-Branchen.pdf [2.1.2025]

Bardt, Hubertus / Beznoska, Martin / Demary, Markus / Grömling, Michael / Henger, Ralph / Hentze, Tobias / Kolev-Schaefer, Galina / Obst, Thomas / Pimpertz, Jochen / Schäfer, Holger / Seele, Stefanie / Taft, Niklas, 2024, IW-Konjunkturprognose Winter 2024. Es wird nicht besser, IW-Report, Nr. 45, Köln [15.1.2025]

BDI -Bundesverband der Deutschen Industrie / ESMT Berlin / Fraunhofer, 2025, Closing the Deep Tech Gap, <https://bdi.eu/publikation/news/closing-the-deep-tech-gap> [7.1.2025]

BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Städtebau und Bauwesen, 2024, Bezahlbar, beschleunigt, bedarfsgerecht – Die Novelle des Baugesetzbuches (BauGB), Meldung, 4.9.2024, <https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/BMWSB/DE/2024/09/baugb-novelle.html> [30.12.2024]

Bundesrechnungshof, 2024, Energiewende nicht auf Kurs: Deutschland hinkt seinen ambitionierten Zielen hinterher, Pressemitteilung, 7.3.2024, <https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/energiewende.html> [9.1.2025]

Bundesregierung, 2024, Erleichterung des Gebäudebaus, Aktuelles, 6. November 2024, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/schnell-und-einfach-bauen-2318980> [30.12.2024]

Creditreform, 2024a, Insolvenzen in Deutschland. Jahr 2024, https://www.creditreform.de/fileadmin/user_upload/central_files/News/News_Wirtschaftsforschung/2024/Insolvenzen_in_Deutschland/2024-12-16_AY_OE_analyse_UE-2024.pdf [30.12.2024]

Creditreform, 2024b, Insolvenzen in Deutschland. 1. Halbjahr 2024, https://www.creditreform.de/fileadmin/user_upload/central_files/News/News_Wirtschaftsforschung/2024/Insolvenzen_in_Deutschland/2024-06-24_AY_OE_analyse_UE-halbjahr-2024.pdf [10.1.2025]

Destatis – Statistisches Bundesamt, 2022, Erzeugerpreise September 2022: +45,8 % gegenüber September 2021, Pressemitteilung Nr. 449, 20.10.2022, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/10/PD22_449_61241.html [7.1.2025]

Destatis, 2024a, Baugenehmigungen für Wohnungen im September 2024: -23,1 % zum Vorjahresmonat, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/11/PD24_431_3111.html [30.12.2024]

Destatis, 2024b, Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2023, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/_inhalt.html#sprg229228 [2.1.2025]

Destatis, 2025a, Pressemitteilung zum Bruttoinlandsprodukt 2024, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2025/bip2024/pm-bip.pdf?__blob=publicationFile [15.1.2025]

Destatis, 2025b, Insolvenzverfahren (Unternehmen), Voraussichtliche Forderungen (Unternehmen), Arbeitnehmer: Deutschland, Monate, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/52411/table/52411-0010/search/s/SW5zb2x2ZW56ZW4=> [28.1.2025]

Destatis, 2025c, Umsatzsteuerpflichtige, Steuerbarer Umsatz, Umsatzsteuer (Vor Anmeldungen): Deutschland, Jahre, <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?language=de&sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=73311-0001> [29.1.2025]

Destatis, div. Jg., Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren, Fachserie 2, Reihe 4.1, https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DESerie_mods_00000215 [12.02.2025]

Deutscher Bundestag, 2015, Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung der Neuregelungen zum Gründungszuschuss mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 18/4662, <https://dserver.bundestag.de/btd/18/046/1804662.pdf> [18.2.2025]

Dierig, Carsten / Haas, Christine / Zwick, Daniel, 2020, Zahl der „Zombieunternehmen“ droht auf 800.000 zu steigen, in: Welt, <https://www.welt.de/wirtschaft/article213619642> [7.1.2025]

Dörr, Julian O. / Licht, Georg / Murmann, Simona, 2021, Small firms and the COVID-19 insolvency gap, in: Small Business Economics, 61. Jg., Heft 2, S. 887 – 917

Dressen, Brit, 2024, Der Einbruch im Wohnungsbau: Ursachen und Folgen für Deutschland, in: Das Managerblatt, <https://managerblatt.de/der-einbruch-im-wohnungsbau-ursachen-und-folgen-fuer-deutschland/> [9.1.2025]

Ebeke, Christian / Jovanovic, Nemanja / Valderrama, Laura / Zhou, Jing, Corporate Liquidity and Solvency in Europe During COVID-19: The Role of Policies, 01.02.2021. IMF Working Paper No. 2021/056, <https://ssrn.com/abstract=3852785> [28.01.2025]

Elsinger, Helmut / Fessler, Pirmin / Kerbl, Stefan / Schneider, Anita / Schürz, Martin / Wiesinger, Stefan, 2021, The calm before the storm? Insolvencies during the COVID-19 pandemic, Financial Stability Report 41, Wien.

Fritsch, Michael / Niese, Michael, 2004, Entwicklung und sektorale Struktur von Gründungen und Stilllegungen in Deutschland, in: Fritsch, Michael / Grotz, Reinhold, Empirische Analysen zum Gründungsgeschehen in Deutschland, Berlin / Heidelberg, S. 19–40

Grömling, Michael, 2023, Hartnäckige Produktionslücken der deutschen Industrie, IW-Report, Nr. 41, Köln, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2023/IW-Report_2023-Industriekonjunktur.pdf [2.1.2025]

Grömling, Michael, 2024, IW-Konjunkturumfrage Herbst 2024. Keine Signale für eine Wende, IW-Report, Nr. 47, Köln, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report_2024-Konjunkturumfrage-Herbst-2024.pdf [23.1.2025]

Grömling, Michael / Koenen, Michelle / Kunath, Gero / Obst, Thomas / Parthie, Sandra, 2023, Deindustrialisation – A European Assessment, in: Intereconomics, 58. Jg., Nr. 4, S. 209-214

Hammermann, Andrea / Stettes, Oliver, 2023, Büroarbeit im Wandel: Analyse der Arbeitsbedingungen von Bürobeschäftigten, IW-Report, Nr. 62, <https://www.iwkoeln.de/studien/andrea-hammermann-oliver-stettes-analyse-der-arbeitsbedingungen-von-buerobeschaeftigten.html> [30.12.2024]

Henger, Ralph / Voigtländer, Michael, 2023, Aktuelle Ergebnisse des ZIA-IW-Immobilienstimmungsindex (ISI): Immobilienwirtschaft rutscht in die Rezession, Gutachten im Auftrag des ZIA Zentralen Immobilien Ausschuss e.V., https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2023/Gutachten-ISI-IW-2023-Q4-Immobilienwirtschaft-Rezession.pdf [9.1.2025]

Holtemöller, Oliver (2021): Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im Zuge der Corona-Krise, Wirtschaft im Wandel, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 27, Iss. 1, S. 5-11 <https://hdl.handle.net/10419/231435> [29.1.2025]

Hüther, Michael, 2025, Eine Agenda für die neue Legislaturperiode: Wettbewerbsfähigkeit und Transformation, IW-Policy Paper, Nr. 1, <https://www.iwkoeln.de/studien/michael-huether-wettbewerbsfaehigkeit-und-transformation.html> [17.2.2025]

Hüther, Michael / Diermeier, Matthias / Goecke, Henry, 2018, Die erschöpfte Globalisierung – Zwischen transatlantischer Orientierung und chinesischem Weg, Wiesbaden

Hüther, Michael / Obst, Thomas / Pimpertz, Jochen, 2025, Steigende Sozialversicherungsbeiträge belasten die Wettbewerbsfähigkeit. Investitionen und Wirtschaftswachstum mobilisieren statt belasten, IW-Policy Paper, Nr. 3, Köln / Berlin [15.1.2025]

IfM – Institut für Mittelstandsforschung Bonn, 2024, Gründungen und Unternehmensschließungen, <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/gruendungen-und-unternehmensschliessungen/gewerbliche-existenzgruendungen-und-liquidationen> [24.1.2025]

IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur, 2024, Stagnation im sechsten Jahr. IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report_2024-Prognose_Fr%C3%BChjahr_2024.pdf [24.1.2025]

IWH – Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 2024, IWH-Insolvenzforschung, <https://www.iwh-halle.de/forschung/daten-und-analysen/iwh-insolvenzforschung> [2.1.2025]

IWH – Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 2025, IWH-Insolvenztrend: Höchstwert bei Firmenpleiten seit Finanzkrise, Pressemitteilung 2/2025, <https://www.iwh-halle.de/presse/pressemitteilungen/detail/iwh-insolvenztrend-hoehstwert-bei-firmenpleiten-seit-finanzkrise> [9.1.2025]

Liu, Jia / Wilson, Nicholas, 2002, Corporate failure rates and the impact of the 1986 insolvency act: An econometric analysis, in: Managerial Finance, Band 28, H. 6, S. 61-71

Müller, Steffen, 2024, Gibt es aktuell eine Insolvenzwelle in Deutschland?, in: Wirtschaft im Wandel, 30. Jg., Nr. 3, S. 61–62, https://www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/publications/wirtschaft_im_wandel/wiwa_2024-03_Interview.pdf [2.1.2025]

Nicolai, Birger, 2024, Vorbild Lufthansa – Jetzt steht die Meyer Werft kurz vor der Rettung, in: Welt, 23.8.2024, <https://www.welt.de/wirtschaft/article253078248/Einstieg-des-Staates-Vorbild-Lufthansa-Jetzt-steht-die-Meyer-Werft-kurz-vor-der-Rettung.html> [29.1.2025]

Röhl, Klaus-Heiner, 2020, Corona: Droht eine Zombifizierung der deutschen Wirtschaft?, IW-Kurzbericht, Nr. 130, <https://www.iwkoeln.de/studien/klaus-heiner-roehl-droht-eine-zombifizierung-der-deutschen-wirtschaft-495885.html> [30.12.2024]

Röhl, Klaus-Heiner, Start-ups und Venture Capital in Deutschland: Bringt der Zukunftsfonds neue Schubkraft für die Gründerkultur? IW Policy Paper, Nr. 28, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2021/IW-Policy-Paper_2021-Start-ups-und-Zukunftsfonds.pdf [10.1.2025]

Röhl, Klaus-Heiner, 2024, Mid Caps und große Familienunternehmen. Stärken, Schwächen und Herausforderungen des großen Unternehmensmittelstands in Deutschland, IW-Analyse, Nr. 157, Berlin, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Analysen/PDF/2024/Analysen_157_Mid_Caps_Familienunternehmen.pdf [9.1.2025]

Röhl, Klaus-Heiner / Vogt, Gerit, 2016, Zahl der Unternehmensinsolvenzen rückläufig, in: Wirtschaftsdienst, 96. Jg., Heft 11, S. 852–854, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2016/heft/11/beitrag/zahl-der-unternehmensinsolvenzen-ruecklaeufig.html> [30.12.2024]

Röhl, Klaus-Heiner / Vogt, Gerit, 2023a, Unternehmensinsolvenzen auf dem Weg nach oben: Konjunkturelle und strukturelle Einflüsse treiben die Trendwende, in: IW-Trends, 50. Jg., H. 4, S. 79-95

Röhl, Klaus-Heiner / Vogt, Gerit, 2023b, Mehr Dynamik in der Unternehmenslandschaft notwendig, IW-Kurzbericht, Nr. 82, Berlin, <https://www.iwkoeln.de/studien/klaus-heiner-roehl-mehr-dynamik-in-der-unternehmenslandschaft-notwendig.html> [30.12.2024]

Rusche, Christian, 2022, Die Bedeutung des E-Commerce für Einzelhandel und Weihnachtsgeschäft, IW-Kurzbericht, Nr. 100, <https://www.iwkoeln.de/studien/christian-rusche-die-bedeutung-des-e-commerce-fuer-einzelhandel-und-weihnachtsgeschaeft.html> [2.1.2025]

Sandqvist, Anna Pauliina / Wollmershäuser, Timo, 2021, Analyse der Firmeninsolvenzen infolge der Corona-Pandemie und Wirkungsabschätzung finanzpolitischer Maßnahmen, <https://www.ifo.de/node/66903> [15.1.2025]

Sattelberger, Thomas, 2023, Die deutsche Wissenschaft quetscht ihre Ausgründungen zu sehr aus, <https://table.media/research/rigorousum/die-deutsche-wissenschaft-quetscht-ihre-ausgruendungen-zu-sehr-aus/> [22.1.2025]

Scheppe, Michael, 2025, Insolvenzen: Experten rechnen mit Firmenpleiten auf Finanzkrisenniveau, in: Handelsblatt, 6.1.2025, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/insolvenzen-experten-warnen-vor-firmenpleiten-auf-finanzkrisen-niveau/100088623.html> [8.1.2025]

Tagesschau, 2024, Corona-Pandemie: Jeder Fünfte soll Soforthilfen zurückzahlen, <https://www.tagesschau.de/investigativ/corona-soforthilfen-116.html> [7.1.2024]

VID – Verband Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands, 2024, Insolvenzen 2025: Anstieg, ja – dramatische Entwicklung, nein!, Pressemitteilung 19.12.2024, <https://www.vid.de/pressemitteilung/insolvenzen-2025-anstieg-ja-dramatische-entwicklung-nein/> [30.12.2024]